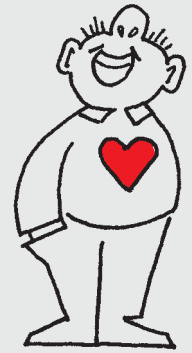


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

8, 9 / 2014

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Am 14. September 2014 ist Landtagswahl

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

nehmen Sie sich bitte einen Moment Zeit, um diese Zeilen zu lesen.

Am 14.09.2014 finden die Landtagswahlen statt. Nutzen Sie Ihr Recht und gehen Sie wählen. Nur so können Sie verhindern, dass rechte Parteien ins Parlament einziehen.

Ihre Stimme zählt!

Ortsvorstand Forst

*Wer meint, nicht gewählt zu haben,
der irrt, denn die Gleichgültigkeit
der Nichtwähler
bestimmt unser aller Zukunft.*

**Michael A. Denck (1967),
dt.-amerik. Betriebswirt**

Im Wahlkreis 41 (Stadt Guben/Stadt Forst/Amt Peitz/Gemeinde Schenkendöbern) stellt sich Anke Schwarzenberg als Direktkandidatin der LINKEN Ihrer Wahl

Zu meiner Person:

Geboren im Mai 1954, wohnhaft in Cottbus, geschieden.

1972 Abitur in Lübbenau, 1972 bis 1976 Maschinenbaustudium an der TH Chemnitz, 1976 Abschluss als Diplomingenieur

Gleiche Lebenschancen für alle: Anke Schwarzenberg.



DIE LINKE.

für Maschinenbau, 1974 bis 2011 wohnhaft in Forst.

Beruf/Tätigkeit:

Beruf: Dipl.-Ing. für Maschinenbau
Tätigkeit: Betriebsingenieur/Projektleiterin in der Reaktivierung für die Tagebaue Jän/CoNo.

Politischer Werdegang:

- Seit Dezember 1976 Mitglied der SED, der SED-PDS, der PDS, der Linkspartei.PDS und der Partei DIE LINKE
- 1990 bis 1998 bzw. 2003 bis 2008 Mitglied des Kreistages Forst bzw. Spree-Neiße
- 2003 bis 2011 (Wohnortwechsel) Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Forst, seit 2014 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Cottbus

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit meiner Kandidatur möchte ich meine Erfahrungen aus der Kommunalpolitik in den Landtag Brandenburg einbringen. Ich möchte die Grenzen, die der Kommunalpolitik gesetzt werden, selber gestalten und mitbestimmen. Persönlich habe ich mir folgende Schwerpunkte gesetzt, die mir besonders am Herzen liegen.

Jeder Wohnort – gleiche Chancen!

Egal, wo Bürger leben, in einer Großstadt, einer Kleinstadt oder auf dem

Land in einer kleinen Gemeinde, die Teilhabe an den alltäglichen Dingen und das Leben in Geborgenheit im Kreise der Familie soll jedem möglich sein.

Dazu gehören eine gute gesundheitliche Versorgung, der Erhalt von Schulen im ländlichen Raum, eine gute Verkehrsanbindung, die eine Teilhabe an Kultur und die Nutzung von Sportstätten und Freizeitanlagen ermöglicht. Ein leistungsfähiger Internetanschluss muss zur Grundversorgung gehören.

Kommunen brauchen Geld!

Kommunale Selbstverwaltung braucht eine gute Einnahmequelle der Kommunen, und das steht und fällt mit den in der Kommune ansässigen Unternehmen und Menschen in Beschäftigung. Nur durch sie verfügt eine Kommune über ausreichende Gewerbesteuer- und Einkommensteuereinnahmen. – Dazu gehört auch, dass bei einer Übertragung von Landes- und Bundesaufgaben auf die Kommunen die Sicherung der dafür benötigten finanziellen Mittel erfolgt. Diese sind der Kommune ohne Wenn und Aber und in voller Höhe zur Verfügung zu stellen. Beispiele dafür, wo dies nicht erfolgte, gibt es genug, z.B. bei der Auszahlung der Kosten der Unterkunft für Hartz- IV-Empfänger und weitere Hilfebedürftige. Hieran beteiligt sich die Bundesregierung nur unzureichend, die Hauptlast liegt bei den Kommunen. ➤ S. 2

Anke Schwarzenberg

(Fortsetzung von Seite 1)

Ohne Energie geht gar nichts!

Deshalb brauchen wir einen gesunden Energiemix, in der die Braunkohleverstromung als Brückentechnologie ihren festen Platz hat und zwar solange, bis wir erfolgreich Energie speichern können und die Systemintegration der erneuerbaren Energien erreicht ist.

Spruch des Monats

»Ohne Frauen geht es nicht.
Das hat sogar
Gott einsehen müssen.«

Eleonora Dube

Hier besteht in unserer Region ein großes Spannungsfeld zwischen Versorgungssicherheit, Klimapolitik, Sozialpolitik und Wirtschaft. Das erfordert **deshalb vor allem eine transparente Energiepolitik, die Menschen in den Entscheidungsprozessen mitnimmt.**

Arbeit in der Region ist wichtig!

In unserer Region leben viele ältere Menschen, und in den kommenden Jahren werden es noch mehr. Wir brauchen unsere jungen Menschen hier. Sie sollen nicht getrennt von ihren Familien in anderen Regionen auf Jobsuche gehen müssen. Sie sind unsere Zukunft.

Die Region hat viele Chancen, hier ihre Wirtschaft zu stärken, neue Wirtschaftszweige zu etablieren und letztendlich auch Löhne zu zahlen, von denen wir

Wenn Sie Anke Schwarzenberg persönlich treffen möchten:

27.08. ab 10.00 Uhr Infostand Forst
03.09. ab 16.00 Uhr VS Guben
06.09. ab 10.00 Uhr Infostand Guben
10.09. ab 10.00 Uhr Infostand Forst
12.09. ab 17.30 Uhr Bürgerzentrum Forst
Gespräch zur Energiewende

Stellen Sie Ihre Fragen!

Sagen Sie Ihre Meinung!

und unsere Kinder und unsere Enkel leben können. *Anke Schwarzenberg*

DIE LINKE Lausitz
Berliner Straße 22, 03149 Forst
Tel.: 03562/78 52
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Direktkandidat für den Landtag im Wahlkreis 42 (Spremberg/Döbern-Land/Welzow/Neuhausen): Andreas Paul Mekelburg

Zur Person:

43 Jahre, verheiratet, 2 Söhne,
wohnhaf in Felixsee, OT Friedrichshain



DIE LINKE.

Beruf:

Baumaschinist, Installateur,
Steuerfachangestellter

Brandenburg muss sozial gerecht und bürgernah regiert werden.

Mein politischer Aufgabenbereich ist und bleibt unsere Region. Ich engagiere mich seit über 15 Jahren, wenn es um den Erhalt sozialer Lebensbedingungen geht.

Der demografische Wandel, das akute Wegbrechen nahezu aller Arbeitsmöglichkeiten hat langfristige Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in unseren Lausitzer Heimat. Um Arbeitsplätze zu schaffen, müssen wir den Mittelstand verstärkt fördern, denn er ist das Standbein in jeder Region.

Wir brauchen eine Strukturverwaltungsreform, die dem demografischen Wandel Rechnung trägt und gleichzeitig bürgerefreundlich ist.

Wir brauchen ein Konzept, dass den verschuldeten Gemeinden erlaubt, wieder handlungsfähig zu werden. Verschuldete Gemeinden müssen durch das Land Brandenburg die Finanzierung des Eigenanteils für notwendige Investitionen der Kommune erhalten.

Die flächendeckende Versorgung im medizinischen Bereich und der Erhalt der Krankenhäuser müssen weiterhin gesichert werden.

Dafür möchte ich mich auch weiterhin aktiv einsetzen. Deshalb kandidiere ich als Direktkandidat für den neu zu wählenden Landtag Brandenburg.

**Wer Rot-Rot will,
muss links wählen!!!**

*Ihr
Andreas Paul Mekelburg*

Kontakt:
Karl-Marx-Str. 9, 03130 Felixsee
E-Mail: mekelburg@dielinke-lausitz.de

Eine Verständnisfrage

In den Monaten März und Mai dieses Jahres hat die Polizeiinspektion Cottbus/Spree-Neiße sowohl vor dem Kreistag Spree-Neiße als auch vor der Stadtverordnetenversammlung Forst zur Kriminalitätslage im jeweiligen Territorium berichtet.

In der Stadt Forst ist die Anzahl der erfassten Fälle seit 5 Jahren erstmals wieder angestiegen und hat mit 2 224 Fällen den Stand von 2010 übertroffen. Schwerpunkt bilden dabei die Diebstahldelikte, deren Zahl im Jahr 2013 die Höchste seit 2004 in unserer Stadt ist, wobei die Aufklärungsquote mit 21,5 Prozent die Niedrigste seit 10 Jahren war. Ursachen

sind unter anderem auch die Ergebnisse einer zum Teil verfehlten Polizeireform, die im Jahr 2002 unter dem CDU-Innenminister Schönbohm begann. Leider haben dann die SPD-Nachfolger im Amt des Innenministers Speer und Woidke die damaligen Reformziele weiter verfolgt, und erst als Ministerpräsident hat Woidke versucht gegenzusteuern. Leider viel zu spät, und es wird Jahre dauern bis die personellen Folgen überwunden sind. Angesichts dieser Tatsachen hat die CDU-Fraktion in der SVV Forst eine Petition an die Landesregierung eingebracht, in der die dazumal von ihrem eigenen Minister ausgelösten Fol-

gen beseitigt werden sollen. Unsere Fraktion hat sich mehrheitlich nicht an der Abstimmung beteiligt. Nicht, weil wir die Sache nicht unterstützen, sondern weil wir den Weg, dass jede Kommune, die davon besonders betroffen ist, Briefe und Unterschriftenlisten verfasst, für nicht zielführend halten. Unserer Auffassung nach wäre eine konzertierte Aktion aller kommunalen Parlamente, gemeinsam mit einer Stimme sprechend, sinnvoller gewesen.



*Heinz-Peter Bischoff
Mitglied der Fraktion DIE LINKE*

Elf Vorhaben für ein soziales Brandenburg

DIE LINKE hat in den vergangenen Jahren in der Brandenburger Landesregierung die Weichen für ein soziales Land gestellt. Noch nie wurde in Brandenburg so viel Geld für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaftsförderung und die Kommunen eingesetzt, wie in dieser Zeit. Gleichzeitig haben wir den Landeshaushalt mit sozialem Augenmaß konsolidiert und damit begonnen, Schulden zurückzuzahlen. Wir haben die Hürden der Volksgesetzgebung sowie das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt und damit das Land demokratischer gemacht. Mit den folgenden elf Vorhaben unterbreiten wir Ihnen ein Angebot für die nächsten fünf Jahre und werben um Ihre Stimmen.

Gute Arbeit, gute Löhne, gute Wirtschaft

- prekäre Arbeitsverhältnisse überwinden, Leiharbeit und Niedriglöhne zurückdrängen,
- Lohnuntergrenze für öffentliche Aufträge auf mindestens 10 Euro pro Stunde erhöhen,
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und Wirtschaftsförderung an soziale und ökologische Kriterien koppeln.

Gute Bildung und Lebenschancen für alle von Anfang an

- Betreuungsschlüssel in Kitas auf 1:5 bei bis 3-Jährigen und 1:11 bei 3- bis 6-Jährigen verbessern,
- 1 500 Fachkräfte ausbilden und einstellen
- Unterrichtsqualität erhöhen, Unterrichtsausfall und Schulabbrecherzahlen reduzieren,
- Schulstandorte, vor allem im ländlichen Raum, erhalten,
- 4 500 Lehrkräfte bis 2019 einstellen,
- längeres gemeinsames Lernen in einer

- inklusiven Gemeinschaftsschule ermöglichen,
- Praxisbezug der schulischen Bildung stärken,
- Berufsausbildung mit Abitur einführen.

Investitionen für die Kommunen

- jährlich 100 Millionen Euro ab 2015 für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die energetische Gebäudesanierung, die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude, in Schulen und Sportstätten als »kommunales Investitionsprogramm« bereitstellen.

Gesundheitliche Versorgung im gesamten Land

- alle Krankenhausstandorte einschließlich der Tageskliniken erhalten und 400 Millionen Euro in die Krankenhäuser investieren,
- »Schulkrankenschwestern« an die Schulen bringen.

Mehr Geld für die Musik- und Kunstschulen

- 2,5 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr für die Musik- und Kunstschulen zur Verfügung stellen, wovon vor allem sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche profitieren sollen.

Verdeckte Studiengebühren abschaffen

- sogenannte Rückmeldegebühren in Höhe von 51 Euro pro Semester für Studierende abschaffen.

Dem Sportland Brandenburg gerecht werden

- jährliche Sportförderung auf 17 Millionen Euro erhöhen,
- Sportvereine stärken,

- bedarfsgerechte und barrierefreie Sportstätten ermöglichen,
- ehrenamtliches Engagement würdigen.

Energiewende vor Ort – regional und bezahlbar

- Entwicklung von Speichertechnologien unterstützen,
- Konzepte zur Umsetzung dezentraler Energieversorgung fördern,
- Ausbau erneuerbarer Energien, Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und der Versorgungssicherheit belohnen.

Nachteile ausgleichen

- Landespflegegeldgesetz novellieren, Blindengeld erhöhen, Fördergeldervergabe auch an das Kriterium der Barrierefreiheit knüpfen.

Sicheren und bezahlbaren Wohnraum gewährleisten

- Wohnraumförderung fortsetzen und Kofinanzierung entsprechender Bundesprogramme sicherstellen,
- Mietpreisbindung wo möglich und notwendig einführen.

Sozial-ökologisches und nachhaltiges Agrar-Leitbild entwickeln

- Agrar-Leitbild unter Beachtung von Beschäftigungsperspektiven, Versorgungssicherung mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln und erneuerbarer Energie sowie Lebensqualität in den ländlichen Räumen entwickeln,
- regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte verstärken und anerkennen.

DIE LINKE Brandenburg



Brandenburg hat am 14. September Landtagswahlen. Viele Wahlberechtigte wissen dies bis heute nicht.

Die Straßen füllen sich mit Plakaten und werden im Vorbeigehen vom poten-

ziellen Wähler mehr oder weniger registriert. Der Wahlkampf ist schon längst keine Auseinandersetzung mehr um neue politische Konzepte, sondern wird immer mehr zum Schaulaufen der wenigen Politiker, die der Wahlberechtigten aus den Medien kennt.

Obwohl die Parteien Millionen von Euro ausgeben, bleibt von den dargebotenen Inhalten kaum etwas beim Bürger hängen. Politische Debatten heißen heute Strohhalmfeste oder Sommerreisen. Die Bratwurst, das kühle Getränk und fröhliches Händeschütteln haben die Debatten um Inhalte immer weiter in den Hintergrund gedrängt. Wenn in Brandenburg DIE LINKE fünf

Wahlenkampfhüllen

Jahre den Finanzminister stellt und am Ende auch noch ein Plus in der Haushaltskasse erzielt wird, dann werden uns trotzdem bei Umfragen kaum höhere Kompetenzen auf diesem Gebiet zugebilligt.

Wenn die CDU nach fünf Jahren Opposition plötzlich den Bedarf an Lehrern und Polizei entdeckt, so darf man doch mal fragen, was die Konservativen in ihren zehn Jahren Regierungsbeteiligung genau zu diesen Problemen beigetragen haben. Leider fragt das kaum ein Wähler.

Die Sozialdemokraten pflegen nun schon seit zwanzig Jahren ihre komfortable Position zwischen CDU und LINKEN. Immer mit charismatischen Führungspersonen versehen, können sie sich je nach Belieben mal den linken oder rechten Koalitionspartner aussuchen. Als »Bürgerumarmen« ist nach Stolpe und Platzeck nun Dietmar Woidke unterwegs. Eine politische Alternative dazu ist nicht in Sicht. Hierfür müssten sowohl CDU wie auch DIE LIN-

KE über tiefe Gräben springen, und dafür ist die Zeit offensichtlich noch nicht reif. Politik ist eigentlich eine spannende Angelegenheit. Leider vermitteln aktive Politiker oft das Gegenteil. Es gibt aber kaum einen Bereich in der Gesellschaft, in den man sich schon mit wenig Aktivität so schnell einbringen kann. Dass Bürgerinnen und Bürger dies können, beweisen sie immer dann, wenn es um ihre ganz persönlichen Belange geht. Wenn die Straße vor der eigenen Haustür gebaut, der Ort von Abbaggerung bedroht wird oder das Windrad hinterm Haus entsteht, dann können wir Gesetze lesen, Protest organisieren und kämpfen. Zu allen anderen Zeiten will man lieber in Ruhe gelassen werden. Aber genau in dieser Zeit werden die Gesetze gemacht, die uns irgendwann ganz persönlich betreffen. Also, gehen Sie wählen. Machen Sie sich vorher über die Inhalte der Parteien und Kandidaten schlau. Material dafür bekommen Sie zurzeit reichlich. *Ingo Paeschke*

Newsletter

Ich war und bleibe ein Gegner von deutschen Waffenexporten

Ich war und bleibe ein Gegner von deutschen Waffenexporten. Deutschland hätte nach 1945 beschließen müssen, nie wieder an Kriegen verdienen zu wollen. Seit 1990 gab es nur falsche und schlimme Angriffskriege von NATO-Ländern sowie Bürgerkriege. Erstmals erleben wir, dass eine Terroristenarmee islamistischer Söldner von außen – unter Begehung zahlreicher Morde – versucht, den Irak und Syrien zu erobern.

Die Ursachen liegen in dem völlig falschen und wahnsinnigen Krieg der USA gegen den Irak von 2003, an der falschen Politik gegenüber Syrien, an der falschen Politik der gegenwärtigen irakischen Regierung und an der Tatsache, dass die türkische Regierung die terroristischen Söldner der ISIS unbehelligt durch die Türkei marschieren ließ. Was wir jetzt benötigen, sind Beschlüsse des Sicherheitsrats der UNO auf der Grundlage ihrer Charta. Weder der Irak, noch die Kurden fordern zurzeit Waffen.

Die PKK, die von der EU und der Bundesregierung als terroristisch eingeschätzt wird und die in Deutschland verboten ist, rettet gerade zahlreichen Christinnen und Christen das Leben. Diese Beschlüsse müssen unbedingt aufgehoben

werden. Ich finde es ungeheuerlich, dass die Bundesregierung an Länder wie Saudi-Arabien und Katar, aus denen heraus die ISIS-Armee bezahlt wird, unzählige Waffen liefert, sie aber gegenüber dem Irak und den Kurden mit dem Hinweis auf ein Krisengebiet verweigert, obwohl der gesamte Nahe Osten ein Krisengebiet ist. *Gregor Gysi, 12.08.2014*

Ambulante Versorgung – endlich neue Wege gehen

»Die Sicherstellung der ambulanten, vor allem der hausärztlichen Versorgung ländlicher Gebiete ist eine der zentralen Herausforderungen für die nächsten Jahre. Mit dem alten Niederlassungsmodell wird man diese Aufgabe aber ebenso wenig lösen wie allein mit mehr Geld«, erklärt Birgit Wöllert, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, zur heute vorgestellten Studie der Bertelsmann-Stiftung. Wöllert weiter:

»Das Versorgungsstrukturgesetz hat keine spürbare Verbesserung in der ambulanten Versorgung gebracht. Gebraucht werden völlig neue Konzepte auch außerhalb von einzelnen Niederlassungen. Dabei müssen die Delegation wie auch die Substitution ärztlicher Leistungen genauso Berücksichtigung finden wie die Veränderung des Aufgabenspektrums der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung in ländlichen Räumen. Die Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung würde dafür insgesamt eine nachhaltige finanzielle Grundlage schaffen.« *10.07.2014*

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 26.08.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
- Di., 16.09.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
- Mi., 17.09.: 18:30 Uhr **AG Soziales**
- Di., 23.09.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Mo., 06.10.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**
- Di., 14.10.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
- Mi., 15.10.: 18:30 Uhr **AG Soziales**

C D Urnengang

Wahlversprechen beigesetzt am Tag danach

Janina Niemann-Rich, Lyrikerin

Nullstelle

Im Haushaltsentwurf für 2015 plant die Regierung mit einer schwarzen Null. Unklar ist noch, ob es sich dabei um Wolfgang Schäuble oder einen beliebigen anderen Unionspolitiker handeln soll. **MK**

Geburtstag

- 27.08.: 86 Jahre Rolaf Schahn
- 29.08.: 90 Jahre Hildegard Jentsch
- 29.08.: 85 Jahre Martin Noack
- 13.09.: 87 Jahre Helmut Mucha
- 14.09.: 74 Jahre Horst Meißner
- 14.09.: 62 Jahre Knut Brandstätter
- 18.09.: 64 Jahre Gisela Berth
- 19.09.: 85 Jahre Elfriede Koch
- 04.10.: 95 Jahre Käte Günther

Herzlichen Glückwunsch, unserer Jubilarin, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Soziale Rechtsberatung

am Montag, dem 22.09.2014, ab 12 Uhr

in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils Mo. 10 – 14 Uhr, Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr

GroKo präsentiert:
DER MINDEST LOHN

NEU: MIT WEITEREN AUSNAHMEN JETZT NOCH MINDESTER!

Aus »Eulenspiegel« Nr. 5/14

AG Soziales lädt ein

zur Informationsveranstaltung
»Fragen und Antworten zur neuen Rentenregelung«

Am 03.09.2014, 17 Uhr, im Pavillon »Genuss & Kunst«, Berliner Straße 28 a, in Forst (ehemals Blumenladen Engwicht)

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen: Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.